

Der folgende Antrag wurde auf der Delegiertenversammlung der IG Metall Frankfurt am 19.3.2014 einstimmig angenommen

Wir fordern den IGM-Vorstand auf, die ganze Kraft unserer Gewerkschaft einzusetzen, um die geplante Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur sog. Tarifeinheit zu verhindern.

Begründung:

Im Jahr 2011 distanzieren sich viele Gewerkschaftsgliederungen von der Initiative von DGB und BDA zur gesetzlichen Regelung der sog. Tarifeinheit und zwingen damit den DGB zum Rückzug in dieser Frage. Nun hat die große Koalition die sog. Tarifeinheit erneut auf die Tagesordnung gesetzt - angeblich, „um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken“. Dass Andrea Nahles (SPD) den Vorstoß des BDA jetzt wieder aufgreift, liegt u.a. daran, dass es auch innerhalb des DGB Zustimmung gab und gibt. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will noch im Frühjahr einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen. Dahinter steckt die Intention, die Konkurrenz der Spartengewerkschaften zu beseitigen. Eile ist deshalb geboten.

Das Ziel der Tarifeinheit, also das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“, ist es, die Kampfkraft der Belegschaften und der Gewerkschaften durch Geschlossenheit zu stärken. Es waren vor allem die Unternehmer, die diese Einheit durchbrachen, indem sie mit kapitalnahen Pseudo-Gewerkschaften Dumpingverträge abschlossen oder Teile der Belegschaft abspalteten und ihnen in Tochterfirmen schlechtere Tarife verpassten, wie z. B. den Pförtner, Reinigungskräften u.a. Service-Arbeitern. Da war von Tarifeinheit nichts zu hören. Die angebliche Sorge um einen einheitlichen Tarifvertrag ließe sich sehr schnell beheben: Was hindert die Unternehmer, bei unterschiedlichen Tarifverträgen den jeweils günstigsten einheitlich für alle anzuwenden? Die Unternehmer werden im Gegenteil die Praxis der Spaltung nicht aufgeben, sie werden den Flächentarifvertrag weiter zu durchlöchern suchen und so käme ein Gesetz zur sog. Tarifeinheit einer Aufforderung an sie gleich, gelbe Gewerkschaften ins Leben zu rufen.

Auch wir sind der Meinung, dass es besser wäre es, wenn die Mitglieder dieser Berufsgewerkschaften mit allen Beschäftigten der Branche gemeinsam kämpfen würden. Gewerkschaftliche Gegenmacht benötigt Breite und Geschlossenheit, d.h. auch den Einsatz der Starken für die Schwachen. Falsch ist jedoch die Argumentation, dass die Spartengewerkschaften "Sondervorteile auf Kosten ihrer Kollegen" herausholen wollten; keiner Beschäftigtengruppe wird etwas weggenommen, wenn der Streik Erfolg hat. Im Gegenteil wird dadurch der Druck auf die Unternehmer erhöht. Bei einer kämpferischen Politik könnten die DGB Gewerkschaften diese Gruppen zurückholen, denn es handelt sich ja bei ihnen nicht um einen Unter-, sondern um einen Überbietungswettbewerb. Sie mithilfe der Gerichte und der Regierung zu bekämpfen, heißt, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Ein so massiver Angriff auf das Streikrecht wird allen Gewerkschaften nur schaden. Er führt nicht zu mehr Solidarität, sondern verschlechtert die Kampfbedingungen. Wir brauchen mehr Geschlossenheit, aber sie lässt sich nicht durch Zwang herstellen, sondern nur auf der Basis von eigener Kampfentschlossenheit.

„Wenn Beschäftigte streiken – egal welcher Organisation sie angehören – verdient das zunächst einmal Unterstützung. Streikenden fällt man nicht in den Rücken.“ (Detlef Hensche in jW, 22.11.07)

Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt/Main